

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Hauptmanns zu Waizen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestmögliche Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Maag, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindevorbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg. Drückliche Anzeigen 8 Pfg. Der Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 97 Dienstag, den 26. April 1932. 87. Jahrgang

Tageschau.

Der Hauptanstoß der Arbeitslosenkonferenz tritt heute zusammen, um den tatsächlichen Wünschen der Arbeitslosen zu entsprechen. Es handelt sich um die Umgestaltung der Vorschriften, welche die Arbeitslosen für eine qualifizierte Ausbildung in Frage kommen.

Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat Mai den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Gebührensätze für Devisen nur bis zu 50 Proz. in Anspruch nehmen dürfen.

Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen hat Ministerpräsident Brauns in einem Schreiben aufgefordert, den allen Landtag sofort einzuberufen. Nach dem Wahlergebnis vom 24. April sei es widerständig, daß die Regierung noch im Mai stehe. Nach der Nationalsozialistischen Forderung den sofortigen Rücktritt der Regierung.

Der neu gewählte preussische Landtag dürfte Mitte Mai zum ersten Male zusammentreten. Er ist verfassungsgemäß binnen 17 Tagen nach Bekanntgabe der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses durch die drei Ämter Mitglieder einzuberufen.

Die deutschnationale Partei Deutschlands und die Revolutionäre Sozialistengesellschaft haben einen Aufruf an alle Arbeiterorganisationen, auch an sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter, in welchem sie zur Vorbereitung und Durchführung von Streiks gegen jeden Lohn- und Unterdrückungsabbau aufrufen.

Die preussische Regierung hat beschlossen, dem Reichslandtag ein Gesetzentwurf an erster Stelle.

bekannt Geschäftsordnungsänderung durchgeführt worden. Die Linkspreffe kündigt bereits an, daß Braun den neuen Landtag nicht vor dem 20. Juni, dem äußerst möglichen Termin, zusammenberufen wird. Wenn dann das Zentrum etwaige Koalitionsverhandlungen in die Länge zieht, ist mit einer Neuordnung in Preußen so bald nicht zu rechnen. Immerhin sollte das Zentrum sich beizeiten die Frage vorlegen, ob diese parteipolitischen Rädchen dem wohlverstandenen Staatsinteresse entsprechen würden.

Wenn es dahin kommt, daß sich alle Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Rechten zerbrechen, weil das Zentrum sie möglicherweise mit der klar berechneten Absicht des Scheiterns führt, dann wird der Kampf um die Neugestaltung der deutschen Innenpolitik mit noch größerer Härte entbrennen. Denn es wäre in der Tat ein skandalöses Schauspiel, wenn die in den Wahlen zusammengegangene Regierung Braun sich mit Hilfe geschäftsordnungs-mäßiger Tricks an der Macht erhalte.

Im Landtagsgebäude wird gegenwärtig auch die erforderliche äußere Umänderung vollzogen. Diejenigen Parteien, die keine Fraktionsstärke besitzen, müssen ihre Beratungskammern hergeben und haben nur noch Anspruch auf Arbeitsplätze. Kompliziert wird die Befehung des Präsidiums im neuen Hause sein, denn nach parlamentarischen Brauch müßten die Nationalsozialisten den Präsidenten, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Kommunisten je einen Vizepräsidenten stellen. Eine Zusammenstellung, die kaum arbeitsfähig sein dürfte.

Partei-Erklärungen.

Die Deutschnationalen fordern den sofortigen Rücktritt Brauns.

Berlin, 25. April. Der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den preussischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet:

„Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 57 der preussischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtages nicht mehr besitzen wird. Es ist daher widersinnig, daß die Regierung noch im Amt bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor 4 Jahren gewählten Landtags beruft. Namens der Deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher die sofortige Auflösung des jetzigen Landtags.“

Die Nationalsozialisten.

Der Fraktionsführer der NSDAP, Abg. Rube, erklärt, die Partei sei bereit, „in Preußen die Regierung zu übernehmen und mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeitssinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen will“. Sofortiger Rücktritt der bisherigen Regierung sei notwendig.

Adolf Hitler hat einen Aufruf an seine Partei gerichtet, in dem er ihr seinen Dank ausdrückt. Der Kampf gehe weiter!

In nationalsozialistischen Kreisen wird erklärt, daß eine offizielle Stellungnahme noch nicht erfolgen könne. Der preussische Führer der Partei, Abg. Rube, habe sich nach München gegeben, um von Adolf Hitler Anweisungen entgegenzunehmen. Es stehe bisher auch noch nicht fest, welche von den gewählten Nationalsozialisten in den Preussischen Landtag einzutreten werden.

Zentrum.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion erklärt einen Aufruf, in dem es heißt, die Partei werde „mit allen Parteien zusammenarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind“. Einer einseitigen Parteidiktatur (!) werde sich das Zentrum widersetzen, da diese eine „förderliche Reichspolitik gefährden würde“.

Von unterrichteter Stelle der Zentrumsfraktion wird unter Hinweis auf den Aufruf dieser Partei gesagt, daß das Zentrum sich als den Garant einer verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen betrachte. Darüber hinaus wird erklärt, das Zentrum könne abwarten, ob die Nationalsozialisten ihre Bereitwilligkeit offiziell erklären, mit an der Erhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen zu arbeiten.

Sozialdemokratie.

Die Absichten und Hoffnungen der Sozialdemokraten gehen zwischen den Zeilen aus einer Äußerung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Hellmann, hervor, der zu dem Wahlergebnis die Ansicht äußerte, daß eine Koalition von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum nicht zustande kommen würde. Die Regierungs-

bildung werde wesentlich davon beeinflusst werden, ob der neue Landtag die kürzlich vorgenommene Änderung der Geschäftsordnung wieder rückgängig machen würde. Sollte sich hierfür keine Mehrheit finden, so würde die Regierung vorläufig „geschäfts führend“ im Amt bleiben.

Christlich-Sozialer Volksdienst.

Der völlig zusammengewasene Volksdienst, eine der bewährtesten Stützen des Zentrum-Regimes im Reich, läßt durch seine „Tägliche Rundschau“ Groener für den Gewinn der NSDAP verantwortlich machen. „Die Reichsregierung hat also wiederum von ihrer bemerkenswerten Fähigkeit, die Parteien bei den Anhängern in Mißkredit zu bringen, die ihre Politik durchweg unterstützt haben, Gebrauch gemacht. Wir gehen nicht fest in der Annahme, daß diese Erkenntnis z. B. für den Christlich-Sozialen Volksdienst und seine Stellung zur Regierung Bräuning von einer gewissen (!) Wichtigkeit sein wird. Es besteht schließlich keine Veranlassung, ohne weiteres zu billigen, daß die letzten Möglichkeiten einer christlichen Politik zerstört werden.“

Das klingt wie eine Kampfanzeige an Bräuning! Wollen die Christlich-Sozialen nun im Reich eine andere Politik einschlagen?

Parteienrevolution.

D. L. Berlin, 26. April. (Eigener Dienst.) Wenn auch der Wahlerfolg für die Wählerwahlen dieses Mal noch fast das Aussehen der früheren hatte, so hat doch die Wählerschaft die Ansprüche zahlreicher Parteien nicht mehr anerkannt und praktisch entschieden, daß künftig nur noch fünf Parteien eine Rolle spielen: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten. In den süddeutschen Ländern liegen die Dinge etwas anders, im großen und ganzen ist aber diese Feststellung richtig.

Interessant ist die Tatsache, daß die marxistischen Parteien bei dieser Preußenwahl einen gewissen Tiefstand erreicht haben. Sie haben nämlich, Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen, nur noch 27 v. H. der Wahlberechtigten auf sich vereinen können. Bedeutet man, daß dieser Hunderttag im Jahre 1912 29,5, im Jahre 1919 gar 37 betrug und auch 1920 und 1930 immer noch etwas oberhalb von 30 lag, dann kann man feststellen, daß hier ein gewaltiger Rückgang eingetreten ist. Nur im Jahre 1924, nach der Inflationszeit, ist dieser tiefe Stand schon einmal erreicht worden. Auch stimmenmäßig prägt sich der verminderte Einfluß der Sozialdemokratie aus. Im Jahre 1919 konnten die marxistischen Parteien noch 45,8 v. H. aller abgegebenen Stimmen für sich verbuchen, während es bei der Preußenwahl am 24. April knapp 34 Prozent waren.

Der völlige Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte wirkt sich parlamentarisch noch schärfer aus, als es rein zahlenmäßig der Fall sein müßte. Denn gerade in der Mitte sind durch Stimmenzerpflünderung hunderttausende von Stimmen verloren gegangen. Allein die Deutsche Volkspartei hat die auf sie entfallenden Stimmen voll ausnützen können. Dagegen sind bei der Wirtschaftspartei 191 000 und bei der Landvolkspartei 153 000 Stimmen ohne weiteres unter den Tisch gefallen. Ebenso hat der Christlich-Soziale Volksdienst weit mehr als 100 000 Stimmen ungenutzt lassen müssen. Auf der Rechten sind auf diese Art 6—700 000 Stimmen, also 12—14 Mandate verloren gegangen. Da aber der Rechten an der absoluten Mehrheit wenig mehr als diese Anzahl von Mandaten fehlt, so kann man sich leicht vorstellen, daß bei einheitlicherer und zielbewusster Führung des Wahlkampfes und bei Vermeidung der sinnlosen Zerspaltung in der Mitte ein solcher Erfolg hätte erzielt werden können.

Das deutsche Bürgertum hat durch diese Preußenwahl ein für allemal den Beweis erhalten, daß seine bisherigen Methoden, Politik zu treiben, endgültig der Vergangenheit angehören müssen. Denn in dem neuen preussischen Landtag spielen die Splittergruppen überhaupt keine Rolle mehr. Keine große Partei braucht sie zu beachten, und mit dem berühmten „Jünglein an der Waage“ ist es diesmal nichts. In Preußen wird sich infolgedessen nicht das Schauspiel wiederholen, das wir im Reich vor jeder politischen Abstimmung schauernd erleben, daß nämlich die Reichsregierung sich nur parlamentarisch halten kann, wenn sie irgendwelchen kleinen Gruppen große Zugeständnisse macht. Dieser Zustand wird jetzt noch unhaltbarer, nachdem sich deutlich gezeigt hat, daß hinter diesen Gruppen überhaupt so gut wie nichts mehr steht.

Das Bürgertum muß endlich zur Vernunft gelangen und sich von der Zerspaltung in Interessengruppen und kleine Gruppchen losreißen. Nur eine Politik der Sammlung in der einzigen Partei, die ihm noch geblieben ist, kann

Koalition oder Kampf?

Das Ergebnis der Wählerwahlen, insbesondere der Preußenwahl, wird in allen politischen Kreisen eifrig besprochen. Durch die kleinen Splitterparteien sind der bürgerlichen Rechten rund 12 Mandate verloren gegangen. Wirtschaftspartei und Landvolk lassen vollständig aus, sie erhalten, entgegen einer getrennten vertretenen Anschauung, auch durch die Spitzenverbände nachträglich kein Mandat. Mit den Reststimmen der übrigen Splittergruppen würden 12 Mandate für die Rechte errungen worden sein. Durch diese Zerspaltung, vor der Augenblick vergeblich gewarnt hat, ist es dahin gekommen, daß die sonst mögliche Mehrheitsbildung ohne das Zentrum nicht gesichert ist. Ohne das Zentrum gibt es keine stabile Mehrheit. Alle politischen Erörterungen müssen darum von der Tatsache ausgehen, daß eine parlamentarische Lösung der jetzt auftauchenden großen Schwierigkeiten nur gefunden werden kann, wenn es gelingt, eine Koalition zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten zustande zu bringen. Nimmt man zu dieser Kombination noch die Deutschnationalen hinzu, dann erhält man eine sehr tragfähige Mehrheit für eine solche Regierung.

Die parlamentarische Entscheidung darüber, ob eine derartige Regierungsbildung ermöglicht werden kann, liegt zunächst allein beim Zentrum. Der Vorstand der preussischen Zentrumsfraktion hat eine Rundgebung zur Wahl veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß die Zentrumsfraktion sich zunächst alle Wege offen hält. Von den Nationalsozialisten ist betont worden, daß sie zur Zusammenarbeit „mit anderen Parteien“ bereit seien. Man spricht in parlamentarischen Kreisen davon, daß die Nationalsozialisten, die für den Posten des Landtagspräsidenten wahrscheinlich den Abgeordneten Rube vorschlagen werden, die Absicht haben, für den preussischen Ministerpräsidenten Gregor Strasser zu präferieren. Aber schon bei dieser Frage wird es, falls die Unterhandlungen überhaupt in Gang kommen, die ersten großen Schwierigkeiten geben. Denn es ist nicht anzunehmen, daß das Zentrum sich ohne weiteres damit abfinden wird, den Nationalsozialisten den Posten des preussischen Ministerpräsidenten zu überlassen. Die Erfahrung beweist, daß dieses Amt eine sehr große Machtvolle in sich birgt, und das Zentrum wird zweifellos versuchen, auch in Preußen genau wie im Reich die Führung der Politik an sich zu reißen. Man wird also gut tun, die Verhandlungen der nächsten Wochen mit großer Zurückhaltung aufzunehmen. Ueberhaupt besteht leider die Aussicht, daß die Dinge sich in die Länge ziehen.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß von deutschnationaler Seite dem Ministerpräsidenten Brauns die sofortige Auflösung des noch bestehenden alten Landtages nahegelegt wird, damit die Bahn für die Neuordnung in Preußen frei wird. Indessen ist nicht anzunehmen, daß Herr Brauns diesem Wunsch entsprechen wird. Die Sozialdemokratie wird trotz ihrer gewaltigen Wahlniederlage den Versuch machen, die Stellung Preußen unter allen Umständen zu halten. Zu diesem Zweck ist ja vom alten Landtag noch in aller Eile die

ein Diplom aus, trotz besten Schicksals zur... (Vertical text on the left margin)